



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/7817

### **Europäische Digitalwirtschaft stärken und gleichzeitig Hetze, Hass und Desinformation im Netz bekämpfen**

Die EU-Kommission hat angekündigt, die rund 20 Jahre alte E-Commerce-Richtlinie durch eine neue Richtlinie, den „Digital Services Act“, zu ersetzen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich bei Bund und EU für klare Regelungen einzusetzen,

- die es europäischen Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-Ups, erleichtern, eigene Geschäftsmodelle zu entwickeln und sich im internationalen Wettbewerb zu behaupten, so dass bestehende Standards insbesondere im Verbraucherschutz dabei nicht abgesenkt werden,
- die die Entscheidung und die Hoheit über Inhalte nicht allein in die Hände von privatwirtschaftlichen Unternehmen legen, sondern bei denen staatliche Stellen für Umsetzung und Vollzug von Gesetzen letztverantwortlich bleiben; analog zu Social Media Plattformen bedeutet dies beispielsweise, dass Betreiber von vermittelnden E-Commerce-Plattformen durchaus dazu verpflichtet werden können, den Vollzug der Gesetze und deren Einhaltung zu unterstützen,
- die in ganz Europa die Bekämpfung von Hass und Hetze („Hate Speech“) und von Desinformation („Fake News“) im Netz unterstützen und die Schulung von Medienkompetenz stärken und dadurch die Meinungsfreiheit schützen und garantieren und
- die vor dem aktuellen Hintergrund von systematischer Desinformation und (ausländischer) Wahlbeeinflussung die Regulierung von Online-Werbung auf Basis einer fundierten Wirkungsanalyse vereinheitlichen.

Die Präsidentin

I.V.

**Karl Freller**

I. Vizepräsident